

## Der 17. Juni 1953 bei der SAG Bleichert und seine Folgen<sup>1</sup>

Der 17. Juni 1953 steht als Datum für den einzigen gewaltsamen Aufstand gegen das SED-Regime, der aus Streiks in 560 Städten und Gemeinden überall in der DDR hervorgegangen war. Die „SAG Bleichert“ sollte (neben dem Bodenbearbeitungsgerätewerk) zu einem Zentrum der Streikbewegung in Leipzig werden.<sup>2</sup>

Auslöser der von der Baustelle der „ersten sozialistischen Straße Deutschlands“, der Ost-Berliner Stalinallee, ausgehenden Streikwelle waren Maßnahmen von Regierung der DDR und SED zur Drosselung des Konsums in der DDR. Sie folgten damit sowjetischen Vorgaben, die darauf abzielten, die Aufrüstung der „Kasernierten Volkspolizei“ (KVP), dem Vorläufer der Nationalen Volksarmee (NVA), zu finanzieren.

Ein 75prozentiger Rabatt auf sogenannte Arbeiterrückfahrkarten bei der Deutschen Reichsbahn wurde ersatzlos gestrichen. Das betraf vor allem die Berufspendler, die zu Beginn der 1950er Jahre meist mit öffentlichen Verkehrsmitteln und nicht mit PKW unterwegs waren. Selbständigen und sogenannten Grenzgängern, nebst ihren Angehörigen, mithin etwa 2 Millionen DDR-Bürgern, wurden die Lebensmittel- und Textilkarten entzogen, mit denen sie in privaten Geschäften und den Läden der Konsumgenossenschaft rationierte Waren zu niedrigeren Preisen als denen in den Läden der „Handelsorganisation“ (HO)<sup>3</sup> erwerben konnten. In Letzteren waren nach einigen Runden mit propagandistisch begleiteten Preissenkungen just im Vorfeld des 17. Juni empfindliche Preiserhöhungen vollzogen worden, was bei den Demonstrationen in den Tagen des Aufstandes nicht von ungefähr die Parole „HO macht uns K.O.“ hervorbrachte.<sup>4</sup> Bauern, die 1953 noch weit überwiegend nicht in Genossenschaften wirtschafteten, waren mit überhöhten Ablieferungssolls überzogen worden. Die „Sicherheitsorgane“ (Volkspolizei, Ministerium für Staatssicherheit) gingen gegen die Kirchen vor, wobei vor allem die „Jungen Gemeinden“ ins Visier gerieten. Sie wurden als „Tarnorganisationen“ im Dienste der CIA diffamiert und ihre Mitglieder in Schulen und Universitäten schikaniert. Reihenweise wurden kirchliche Würdenträger verhaftet oder konnten sich einer Verhaftung nur durch Flucht in den Westen entziehen.

Ausschlaggebend für den Beginn von Streiks war indes die Weigerung der Partei- und Staatsführung, administrativ veranlasste Normerhöhungen um durchschnittlich zehn Prozent zurückzunehmen. Insbesondere diese wurden von den Arbeitern in ihrer Lohn senkenden Wirkung als weiterer Sozialabbau empfunden.

Es waren dann wenige Worte eines FDGB-Funktionärs in der gewerkschaftseigenen Tageszeitung *Tribüne*, die das Fass zum Überlaufen brachten. SED und DDR-

---

<sup>1</sup> Erheblich erweiterte Fassung eines Artikels des Verfassers mit gleichen Titel, vgl. Matthias Judt, „Der 17. Juni 1952 bei der SAG Bleichert und seine Folgen“, in Bürgerverein Gohlis 2017, S. 55-58.

<sup>2</sup> Vgl. Matthias Judt, „Aufstieg und Niedergang der ‚Trabi-Wirtschaft‘“, in ders. (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997 (und Bonn 1998), S. 87 – 164, hier S. 96; Heidi Roth, Der 17. Juni in Sachsen, Köln 1999 (im folgenden „Roth 1999“).

<sup>3</sup> Die „Handelsorganisation“ war aus den in den 1940er Jahren gegründeten „Freien Läden“ hervorgegangen. Hier wurden Waren zu hohen Preisen verkauft, weil sie nicht der bis 1958 bestehenden Rationierung von Lebensmitteln und Industriewaren unterlagen.

<sup>4</sup> Auch nach der Niederschlagung des Aufstandes sollte immer wieder die Auflösung der HO verlangt werden.

Regierung hatten bereits am 11. Juni 1953 – wiederum auf Anweisung aus Moskau – fast alle oben erwähnten Maßnahmen zurückgenommen und eine Politik des „Neuen Kurses“ verkündet. Doch werde, so der Gewerkschaftsfunktionär in der Tageszeitung des FDGB, an der Normenfrage nicht „gerüttelt“.<sup>5</sup>

Neben Ost-Berlin wurden gerade die Bezirke Halle und Leipzig Schwerpunkte des Aufstands gegen das SED-Regime in den Tagen vom 16. bis 18. Juni 1953. In der Stadt Leipzig selbst beteiligten sich Beschäftigte von 81 Betrieben, darunter fünf der sechs „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ (SAG) an Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. In der SAG Bleichert gingen 22 Prozent der Beschäftigten (etwa 1.500 von 6.773 Mitarbeitern) in den Streik. Mehr noch: Bei ihrem Zug ins Leipziger Zentrum forderten die Streikenden von Bleichert Bauarbeiter und Gleisarbeiter der Leipziger Verkehrsbetriebe auf, sich ihnen anzuschließen.<sup>6</sup>

Äußerlich hatte es am 17. Juni 1953 zunächst nicht den Eindruck gemacht, dass bei Bleichert ein Streik ausbrechen könnte. Die Frühschicht verlief problemlos. Jedoch hatten die Mitglieder einer Brigade der SED-Bezirksleitung Leipzig, die den Betrieb in der Nacht vom 16. zum 17. Juni – also nach dem Beginn der Streiks in Ost-Berlin, aufsuchten, festgestellt, dass die Stimmung bei Bleichert nicht so gut war wie bisher angenommen.<sup>7</sup> Tatsächlich begann dann am 17. Juni gegen 14 Uhr der Streik. Die Arbeit wurde bei Bleichert dabei nicht wie in anderen Leipziger Betrieben nur für wenige Stunden niedergelegt, sondern sie ruhte bis zum nächsten Morgen 6 Uhr.<sup>8</sup>

Den Streik bei Bleichert charakterisierte die SED-Bezirksleitung einige Stunden später in einem Bericht an die Parteizentrale in Ost-Berlin in den frühen Morgenstunden des 18. Juni als „Unruhen [...], hervorgerufen durch Agenten“.<sup>9</sup> Damit wurde begonnen, die bisherige positive Einschätzung des Betriebes durch die SED völlig auf den Kopf zu stellen. Kurz vor dem 17. Juni hatte die SAG Bleichert noch eine Prämie von 30.000 Mark als Siegerin im „sozialistischen Wettbewerb“ erhalten. Drei Wochen nach dem Aufstand war die SAG in der Einschätzung nunmehr zum „Schlupfwinkel aller möglichen Elemente, ehemaliger Offiziere, besonders Ritterkreuzträger, gestrandeter Funktionäre der SED, der Reaktion und Opposition innerhalb der Arbeiterklasse“ geworden.<sup>10</sup> Und schon am 22. Juni 1953 hatte die SED-Betriebsparteileitung einräumen müssen, dass von den ca. 675 SED-Mitgliedern nur 15 Prozent „auf dem Boden der Partei“ stünden, fünf Prozent seien „negative Elemente“ und die übrigen „als schwankende Genossen“ anzusehen.<sup>11</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. *Tribüne* vom 16. Juni 1953.

<sup>6</sup> vgl. Roth 1999, S. 159 und S. 163ff.

<sup>7</sup> vgl. Betriebsparteiorganisation der SED in der SAG Bleichert, Parteiaktivtagung am 24. Juni 1953, in: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SächsStAL), Bestand SED IV/5/01, Nr. 479, Bl. 253, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 166.

<sup>8</sup> vgl. Roth 1999, S. 167.

<sup>9</sup> vgl. „2.55 Uhr, 18.6.53, SED-BL Leipzig. Durchsage der BL Leipzig, Genosse Wittig. Informationsbericht 123. Information über die politische Lage im Bezirk (im folgenden „Informationsbericht 123“), in: SAPMO-BArch, NY 4062/94, Bl. 35-45, zitiert nach: <http://www.17juni53.de/karte/leipzig/sed.html>, aufgerufen am 9. Mai 2017.

<sup>10</sup> vgl. SED-Bezirksleitung (im folgenden „SED-BL“) Leipzig, „Bezirksleistungssitzung“ (vom 7. Juli 1953), in SächsStAL, SED IV/2/1, Nr. 28, Bl. 70, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 166.

<sup>11</sup> vgl. SED-Kreisleitung (im folgenden „SED-KL“) Leipzig-Stadt, Berichte aus den BPO und den Stadtbezirken (vom 22. Juni 1953), SächsStAL, SED IV/5/01, Nr. 478, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 437.

Für die SED-Bezirksleitung Leipzig stand schon wenige Stunden nach Ausbruch des Aufstandes fest: „Als die grössten Ruhestörer auf den öffentlichen Plätzen und öffentlichen Gebäuden beteiligten sich besonders Jugendliche, Oberschüler und Arbeitsscheue u. asoziale Elemente.“<sup>12</sup> Also Unreife, Bürgersöhnchen und –töchter, Faule und Asoziale.

Diese Diktion wurde landesweit in den Tagen nach dem 17. Juni noch verschärft. „Feinde“ und „Provokateure“ seien am Werk gewesen. Der Aufstand an sich wurde zum „faschistischen Putschversuch“ umgedeutet. Als die SED-Kreisleitung Leipzig-Stadt am 24. Juni eine Parteiaktivtagung abhielt, konnte darüber das MfS berichten: „Unter großem Beifall wurden die Genossen in das Präsidium gewählt, welche sich in den Tagen der faschistischen Putschversuche besonders bewährt haben. Die Tagungsteilnehmer waren in einer gewissen Siegesstimmung [...] Besonderes Interesse wurde gezeigt, Klarheit über die nächsten Aufgaben zu erhalten, was besonders darin zum Ausdruck kommt, dass alle Diskussionsredner, die nicht zu diesem Problem Stellung nahmen, stürmisch unterbrochen wurden.“ Allerdings seien dort auch „einige negative Kräfte anwesend“ gewesen.<sup>13</sup>

Zu denjenigen, die sich besonders bewährt hatten, gehörte Paul Fröhlich (1913 – 1970), der von 1950 bis 1952 1. Sekretär dieser Kreisleitung und noch im Dezember 1952 zum SED-Chef im gesamten Bezirk Leipzig aufgestiegen war.<sup>14</sup> Am 17. Juni selbst hatte Fröhlich sich zunächst in Ost-Berlin aufgehalten, war am frühen Nachmittag nach Leipzig zurückgekehrt und gab dort der Volkspolizei noch vor Verhängung des Ausnahmezustandes durch den sowjetischen Militärkommandanten den Befehl, das Feuer auf die Demonstranten im Zentrum Leipzigs zu eröffnen.<sup>15</sup>

Auch bei der SAG Bleichert versuchte die Betriebsparteileitung mit Mitteln der Repression Herr der Lage zu werden. In der Nacht zum 18. Juni übergab sie dem MfS eine Liste von „Provokateuren“, die festgenommen werden sollten. Als bis zum 20. Juni immer noch keine der auf der Liste genannten Personen verhaftet war und sich abzeichnete, dass ab 11 Uhr des gleichen Tages der am Morgen des 18. Juni beendete Streik wieder aufgenommen werden könnte, schaltete der Parteisekretär im Betrieb den sowjetischen Generaldirektor und den Stadtkommandanten ein. Dieser drohte schließlich an, die genannten Personen „erschießen zu lassen“, wenn sie nicht innerhalb einer halben Stunde verhaftet seien.<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Informationsbericht 123.

<sup>13</sup> Alle Zitate aus: „Tagesbericht Nr. 4 [Meldung Nr. 28/53]“ (vom 27. Juni 1953), in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Bestand Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Allgemeine Sachablage (AS), Nr. 9/57, Bd. 3b, Bl. 297 – 315, zitiert nach: [http://www.ddr-im-blick.de/Hubert\\_Co/BStUINTERNET/html/3475ivhfknvg\\_/S1018\\_600\\_de\\_1233536721/MAINTAB/%5Esearch\\_sheet/\\_OLINK\\_SEARCHTOC+CL+9006](http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co/BStUINTERNET/html/3475ivhfknvg_/S1018_600_de_1233536721/MAINTAB/%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+9006), aufgerufen am 9. Mai 2017.

<sup>14</sup> vgl. Helmut Müller-Enbergs et al., Wer war wer in der DDR. Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 5. aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Berlin 2010, S. 353.

<sup>15</sup> vgl. Christian Rau, „Fröhlich, Paul Albert“, in: Sächsische Biografie, herausgegeben vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., wissenschaftliche Leitung: Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi>, aufgerufen am 07. Mai 2017; Roth 1999, S. 180.

<sup>16</sup> vgl. SED-BL Leipzig, Parteiaktivtagung vom 31. Juli 1952, in SächsStAL, SED IV/2/2, Nr. 91, Bl. 73, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 167.

Tatsächlich kam es bei Bleichert zu 22 Festnahmen. Die Verhafteten kamen allerdings bis spätestens 24. Juni wieder auf freien Fuß und trafen in ihrem Betrieb auf die Solidarität ihrer Kollegen, die für sie Geld gesammelt hatten.<sup>17</sup>

Das brachte die SAG Bleichert noch stärker ins Visier der SED-Bezirksleitung. Besonderes Augenmerk bekam Richard Haider geschenkt, seit 1914 bei Bleichert und schon zwei Jahre früher Mitglied der SPD geworden war. Von 1945 bis 1948 war er Vorsitzender des Betriebsrates. Eigentlich Kritiker einer schnellen Vereinigung war er 1946 dennoch Mitglied der SED geworden, jedoch bereits 1948 erstmals in Verdacht geraten, „Agent des Ostbüros“ der westdeutschen SPD zu sein, was ihm damals eine Parteistrafe einbrachte. Eine Beteiligung am Streik und den Demonstrationen am 17. Juni konnte Haider indes nicht angehängt werden, weil er sich im Urlaub befunden hatte. Zum Verhängnis wurde ihm aber seine kritische Haltung gegenüber SED-Generalsekretär Walter Ulbricht, dem er absprach, ein Staatsmann zu sein. Am 8. Juli 1953 leitete die Betriebsparteileitung ein Ausschlussverfahren gegen Haider ein, das einen Monat später seinen Abschluss mit einer Mitgliederversammlung der SED fand, die Haider als „Parteifeind und Agent“ nach 41 Jahren der Parteizugehörigkeit ausschloss. Im Verlaufe des Jahres wurden weitere 25 SED-Mitglieder, die bei Bleichert beschäftigt waren, ausgeschlossen, sechs erhielten strenge Rügen und je fünf Rügen bzw. Verwarnungen.<sup>18</sup>

Die Disziplinierung der SED-Betriebsparteiorganisation fand damit noch nicht ihren Abschluss. Bei der Parteiaktivtagung der SED-Bezirksleitung am 31. Juli 1953 bat der Parteisekretär von Bleichert den ebenfalls anwesenden Walter Ulbricht, das SED-Zentralkomitee möge dabei helfen, eine Gruppierung von „Agenten“ aus dem Betrieb zu entfernen. Zehn Tage später erklärte SED-Bezirkschef Paul Fröhlich bei einer Sitzung der Bezirksleitung vor dem erneut nach Leipzig gekommenen Ulbricht, unter anderem bei Bleichert habe sich das „Ost-Büro“ etabliert.<sup>19</sup>

Das war fast noch das geringste Problem der SED-Funktionärsschicht. Im August 1953 wurden die Diskussionen in vielen Betrieben der DDR durch andere Themen als die propagandistisch erwünschten dominiert. Darüber berichtete die Zentrale der Staatssicherheit dem SED-Politbüro: „Die zweifellos noch in starkem Ausmaß vorhandenen negativen Stimmen lassen bestimmte Haupttendenzen erkennen, die immer wieder und allorts auftauchen: Revidierung der Oder-Neiße-Grenze; Zwecklosigkeit aller Verhandlungen; die Ehrlichkeit der Sowjetregierung wird angezweifelt; Kriegsgefangenenfrage; man fragt, ob wir unsere Reparationen nicht schon längst abgegolten hätten und argumentiert, die Westmächte würden gar keine Reparationen verlangen. Immer mehr wird die Note<sup>20</sup> mit den Wahlen zum Bundestag in Zusammenhang gebracht.“ Unter anderem in Leipzig argumentierte „man, mit der Note wolle man nur ‚noch etwas für die KPD bei den Wahlen [in der

---

<sup>17</sup> vgl. Roth 1999, S. 489f und 507.

<sup>18</sup> vgl. Roth 1999, S. 556f.

<sup>19</sup> vgl. SED-BL Leipzig, Parteiaktivtagung vom 31. Juli 1952, in SächsStAL, SED IV/2/2, Nr. 91, Bl. 73, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 555; SED-BL, Sitzung der BL vom 10. August 1953, in SächsStAL, SED IV/2/1, Nr. 29, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 554.

<sup>20</sup> Gemeint ist: Über praktische Maßnahmen zur Regelung des deutschen Problems. Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 15.8.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 329–339.

Bundesrepublik –MJJ herausholen’, man solle in der DDR solche ‚freien Wahlen wie in Westdeutschland’ durchführen und man müsse die SPD in der DDR zulassen.“<sup>21</sup>

Zwar beruhigte sich mit der Zeit die Lage in vielen Unternehmen, doch gerade bei Bleichert liefen noch Anfang September 1953 die Feststellungen der Staatssicherheit darauf hinaus, dass sie SAG zu den Betrieben gehöre, in denen „noch eine verhaltende Stimmung zu bemerken“ sei.<sup>22</sup>

Die Bundestagswahlen am 6. September 1953 brachten den Unionsparteien unter Bundeskanzler Konrad Adenauer einen erdrutschartigen Sieg. Nicht nur bildeten sie erneut die stärkste Fraktion und Regierung. Auch die zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Bundesrepublik verbotene KPD flog aus dem Parlament. Infolge dessen flammte in Leipzig die Diskussion über den 17. Juni erneut auf.

Am 12. September 1953 berichtete die wegen des Versagens beim Juniaufstand einen Monat später zum Staatssekretariat zurückgestufte Staatssicherheit<sup>23</sup> aus Leipzig über Diskussionen in der Bevölkerung. Demnach wurde argumentiert: „hauptschuldig an dem schlechten Wahlergebnis seien die Fehler unserer Partei und Regierung vor der Verkündung des neuen Kurses; der neue Kurs sei zu spät gekommen“.<sup>24</sup>

Fortgesetzt wurde nun eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche betrieben. Die SED setzte vieles daran, die Versorgungslage in der Stadt spürbar zu verbessern und hatte dabei auch einigen Erfolg. Doch das wurde von der Bevölkerung eher mit Misstrauen aufgenommen. Bei der Herbstmesse seien „die Arbeiter über das reichliche Angebot an HO-Waren“ sehr erfreut gewesen, „doch wurde dabei in fast allen Leipziger Betrieben die Frage gestellt: ‚Bleibt es auch so nach der Messe oder soll dies nur Reklame gegenüber dem Ausland und Westdeutschland sein?‘“<sup>25</sup>

Mitunter patzte die SED aber in schon peinlicher Weise. Am 8. Oktober 1953 berichtete das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* über die Feierlichkeiten am vorhergehenden „Tag der Republik“. Es hätten in Leipzig Platzkonzerte

---

<sup>21</sup> alle Zitate aus: „Information Nr. 1045“ (vom 20. August 1953), in BStU, MfS, AS, Nr. 39/58, Bd. 2, Bl. 504–512, zitiert nach: [http://www.ddr-im-blick.de/Hubert\\_Co|BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg\\_/S1018\\_600\\_de\\_1233536721/MAINTAB\\_%5Esearch\\_sheet/\\_OLINK\\_SEARCHTOC+CL+20395](http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co|BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg_/S1018_600_de_1233536721/MAINTAB_%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+20395), aufgerufen am 10. Mai 2017.

<sup>22</sup> vgl. „Information Nr. 1056“ (vom 1. September 1953), in BStU, MfS, AS, Nr. 39/58, Bd. 2, Bl. 430–436, zitiert nach: [http://www.ddr-im-blick.de/Hubert\\_Co|BStUINTERNET/html/3475ivhfknvg\\_/S1018\\_600\\_de\\_1233536721/MAINTAB\\_%5Esearch\\_sheet/\\_OLINK\\_SEARCHTOC+CL+22032](http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co|BStUINTERNET/html/3475ivhfknvg_/S1018_600_de_1233536721/MAINTAB_%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+22032), aufgerufen am 9. Mai 2017.

<sup>23</sup> Das Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) wurde am 23. Juli 1953 zudem – allerdings nur formal – dem DDR-Innenministerium unterstellt. Erst Ende November 1955 wurde das SfS wieder zum Ministerium aufgewertet und bekam dabei auch den Bereich der Auslandsaufklärung zugeordnet. Vgl. Jens Gieseke, *Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2000, S. 24.*

<sup>24</sup> „Information Nr. 1066“ (vom 12. September 1953), in BStU, MfS, AS, Nr. 39/58, Bd. 2, Bl. 357 – 366, zitiert nach: [http://www.ddr-im-blick.de/Hubert\\_Co|BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg\\_/S1018\\_600\\_de\\_1233536721/MAINTAB\\_%5Esearch\\_sheet/\\_OLINK\\_SEARCHTOC+CL+23948](http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co|BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg_/S1018_600_de_1233536721/MAINTAB_%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+23948), aufgerufen am 10. Mai 2017.

<sup>25</sup> Analyse vom 1. bis 15. September 1953 [Nr. 1/53], o.D., in BStU, MfS, AS; Nr. 9/57, Bl. 196–213, zitiert nach: [http://www.ddr-im-blick.de/Hubert\\_Co|BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg\\_/S1018\\_600\\_de\\_1233536721/MAINTAB\\_%5Esearch\\_sheet/\\_OLINK\\_SEARCHTOC+CL+26448](http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co|BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg_/S1018_600_de_1233536721/MAINTAB_%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+26448), aufgerufen am 10. Mai 2017.

stattgefunden, und die Bürger der Stadt seien durch die Straßen gezogen.<sup>26</sup> Doch genau einen Tag später musste die Staatssicherheit berichten, dass die Platzkonzerte „aufgrund schlechter Organisation *nicht* stattgefunden“ hätten. Es werde daher „die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass solche falschen Behauptungen nur Misstrauen zur Presse, Partei und Regierung hervorrufen.“<sup>27</sup>

Gleichzeitig wurde in den Betrieben die Loyalität der Beschäftigten mit verschiedenen Maßnahmen getestet, etwa der genauen Analyse von Austritten aus dem FDGB oder dem Nichtbezahlen von Beiträgen. Darüber hinaus suchten die Verantwortlichen weiterhin nach „Rädelsführern“, „faschistischen Provokateuren“ und „Agenten“, nunmehr nicht mehr allein, um ihre Entlassung zu bewirken, sondern um sie strafrechtlich zu verfolgen.

Das betraf unter anderem Richard Haider bei der SAG Bleichert. Unmittelbar nach seinem Parteiausschluss setzte die Betriebsparteileitung in Haiders Abteilung eine Versammlung an, bei der ein Flugblatt mit dem Titel „Das sind sie, die Wölfe im Schafspelz – die Agenten im Schlosseranzug“ verteilt wurde. Darin wurde Haider als „Agent und Heuchler“ diffamiert, er habe zu den Befürwortern des 1. Weltkrieges gehört und damit geholfen „Millionen Arbeiter in die Massengräber zu treiben“. Er sei „von der Gestapo auf lange Sicht als Agent in den Reihen der Arbeiterklasse vorbereitet“ worden und habe nach dem Kriegsende im Betrieb „eine Agentur der Kriegshetzer aufgebaut“ und „Faschisten“ gedeckt und getarnt. Das Flugblatt wurde mit einem Aufruf abgeschlossen. „Genossen und Kollegen Werk­tätige! Die Feinde haben sich in unsere Reihen eingeschlichen. Unter der Maske eines ehrlichen Arbeiters leisten sie ihre Wühlarbeit, um uns in eine neue Katastrophe zu treiben. Jagt sie aus den Betrieben hinaus und übergebt sie den Organen der Staatsmacht! Helft mit, die feindlichen Agenturen in unserem Betrieb restlos aufzudecken und zu zerschlagen. Wir wollen Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus. Vorwärts zu neuen Erfolgen.“<sup>28</sup>

Die Versammlungsteilnehmer taten aber nicht wie ihnen geheißen. Sie schenken der Darstellung wenig Glauben und waren nur bereit, „Provokateure“ zu „übergeben“, wenn es Beweise gäbe. Das wartete die Parteileitung jedoch nicht ab, sondern ließ Haider nach der Belegschaftsversammlung von zwei Angehörigen der betrieblichen Kampfgruppe<sup>29</sup> festnehmen, die ihn zunächst dem Betriebsschutz übergaben, der Haider schließlich an die Staatssicherheit auslieferte. Am 10. August 1953 wurde gegen Haider Haftbefehl erlassen.<sup>30</sup>

Die Untersuchungen gegen Haider dauerten bis Dezember. Im Oktober 1953 versuchte eine „Brigade der Bezirksverwaltung“ der Staatssicherheit im Betrieb über

---

<sup>26</sup> Vgl. „Berlin und die DDR feiern Geburtstag unserer Republik“, in *Neues Deutschland* vom 8. Oktober 1953.

<sup>27</sup> „Informationsdienst Nr. 1089 zur Beurteilung der Situation“ (vom 9. Oktober 1953), in BStU, MfS, AS, Nr. 39/58, Bd. 2, Bl. 189–195, zitiert nach: nach: [http://www.ddr-im-blick.de/Hubert\\_Co/BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg\\_/S1018\\_600\\_de\\_1233536721/MAINTAB/%5Esearch\\_sheet/\\_OLINK\\_SEARCHTOC+CL+28959](http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co/BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg_/S1018_600_de_1233536721/MAINTAB/%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+28959), aufgerufen am 10. Mai 2017.

<sup>28</sup> Flugblatt „Das sind sie, die Wölfe im Schafspelz – die Agenten im Schlosseranzug“, in BStU, Außenstelle (Ast.) Leipzig, AU 46/54, Bl. 104, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 557f.

<sup>29</sup> Die ersten betrieblichen Kampfgruppen entstanden bereits 1952 unter unterschiedlichen Bezeichnungen. Bis 1954 wurden sie zu „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ weiterentwickelt.

<sup>30</sup> vgl. Bezirksverwaltung (BV) für Staatssicherheit Leipzig, Bericht vom 10. August 1953, in BStU, Ast. Leipzig, AU 46/54, BA, Bl. 19, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 558.

drei Wochen, Beweise zu finden, hatte damit jedoch keinen Erfolg. Schließlich erhob die Staatsanwaltschaft Anklage nach Art. 6 der DDR-Verfassung (Verbot der Boykotttätigkeit) und beantragte eine Haftstrafe von fünf bis sechs Jahren.<sup>31</sup>

Am 3. Dezember 1953 begann vor dem Bezirksgericht Leipzig der Prozess gegen Haider, unter dem Vorwurf, „Agent des Ostbüros“ der SPD gewesen zu sein, der „die SPD-Politik in einem Leipziger Großbetrieb durchführte“.<sup>32</sup> Tags darauf wurde er sogar zu sieben Jahren Haft verurteilt. Das Gericht war also sogar noch über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinausgegangen. Haider wurde im Jahre 1956 kurz vor seinem 66. Geburtstag schließlich entlassen, war aber ein gebrochener Mann geworden.<sup>33</sup>

Zwei weiteren Mitarbeitern der Bleichertwerke wurde ab 4. Dezember 1953 ebenfalls vor dem Bezirksgericht Leipzig der Prozess gemacht. Ihnen wurde „Schädlingsarbeit vor und nach dem 17.6.1953 im SAG Bleichert“ vorgeworfen. Die Prozesse wurden durchgeführt, so das Gericht in einem Bericht, den es wenige Tage später verfasste, „nachdem [SED-Generalsekretär] Walter Ulbricht in dem Betrieb gesprochen und zur Entlarvung dieser Agenten beigetragen“ habe.<sup>34</sup>

Diese Vorgänge hatten mit Sicherheit eine einschüchternde Wirkung, was nicht bedeuten musste, dass Einschätzungen wie die folgende erzwungen gewesen sein müssen. Am 4. Dezember 1953 berichtete die Staatssicherheit: „Die Entlarvung eines faschistischen Provokateurs am 1.12.1953 in der Fa. Bleichert, der wegen Betrügereien im Betrieb zur Rede gestellt wurde und dabei faschistische Propaganda betrieb, fand bei der Belegschaft große Zustimmung. Ein Arbeiter sagte z. B.: ‚Wenn Kollegen nach acht Jahren noch nicht erkannt haben, dass sie vor 1945 auf eine falsche Bahn geführt wurden, dann gehören sie nicht mehr in unseren Betrieb. Zumal [Name] noch SS-Mann gewesen ist, der doch bestimmt aus seinen Fehlern gelernt haben müsste.‘“<sup>35</sup>

Andererseits liefen die Auseinandersetzungen in der SAG Bleichert um die Frage der Entlassung von „Provokateuren“, die sich aktiv an den Demonstrationen am 17. Juni beteiligt hatten, über Monate. Stundenlange Parteiversammlungen, die zum Teil mehrfach angesetzt werden mussten, brachten nicht das erhoffte Ergebnis. Wichtige Teile der Parteibasis bei Bleichert verweigerten lange den Gehorsam.<sup>36</sup> Andere stellten sich jedoch für Propagandaeinsätze außerhalb des Betriebes zur Verfügung. Die Spaltung der Belegschaft (und auch der SED-Mitgliedschaft) im Betrieb sollten die SAG Bleichert und ihre Nachfolgeunternehmen schließlich in Schach halten.

---

<sup>31</sup> vgl. Staatsanwaltschaft des Bezirkes Leipzig, Anklageschrift, in BStU, Ast. Leipzig, AU 46/54, Bd. 3, Bl. 119, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 560.

<sup>32</sup> „Strafverfahren von besonderer Bedeutung 30.11.-5.12.1953“, in Bundesarchiv Potsdam, P-1-VA-272, Bl. 9ff., zitiert nach Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, 2. überarbeitete Auflage (im Folgenden „Werkentin 1997“), Berlin 1997, S. 129.

<sup>33</sup> vgl. Staatsanwaltschaft des Bezirkes Leipzig, Sitzungsbericht vom 12. Dezember 1953, in BStU, Ast. Leipzig, AU 46/54, BA, Bl. 35, wiedergegeben nach Roth 1999, S. 560.

<sup>34</sup> vgl. Werkentin 1997, S. 129.

<sup>35</sup> „Informationsdienst Nr. 2038 zur Beurteilung der Situation“ (vom 4. Dezember 1953), in: BStU, MfS, AS, Nr. 39/58, Bd. 1, Bl. 164–170, zitiert nach: [http://www.ddr-im-blick.de/Hubert\\_Co/BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg\\_/S1018\\_600\\_de\\_1233536721/MAINTAB/%5Esearch\\_sheet/\\_OLINK\\_SEARCHTOC+CL+39280](http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co/BStUINTERNET/html/9965ivhfknvg_/S1018_600_de_1233536721/MAINTAB/%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+39280), aufgerufen am 10. Mai 2017.

<sup>36</sup> vgl. Roth 1999, S. 566.

Wie wenig sensibel die SED mit der Geschichte des Streiks der Bleichert-Beschäftigten am 17. Juni 1953 umging, zeigte eine Entscheidung, die 20 Jahre später getroffen wurde: Der Betrieb, inzwischen als VEB Verlade- und Transportanlagen (VTA) firmierend, erhielt 1973 den „Ehrentamen“ Paul Fröhlich verliehen, also den Namen just des Mannes, der 1953 den Schießbefehl auf die Demonstranten im Leipziger Zentrum gegeben und massiv die „Entlarvung“ von „Feinden“ bei der seinerzeitigen SAG Bleichert vorangetrieben hatte.

Fröhlich war 1970 im Alter von nur 57 Jahren in Berlin an Herz-Kreislaufversagen verstorben. Dorthin hatte ihn sein Verhalten am 17. Juni gebracht. Beeindruckt vom richtigen „Klassenstandpunkt“ Fröhlichs am 17. Juni machte Walter Ulbricht ihn 1954 zum Kandidaten des SED-Zentralkomitees, dessen Mitglied und Sekretär Fröhlich ab 1958 wurde. Im gleichen Jahr wurde er Kandidat des engsten Führungszirkels der SED, des Politbüros, und ab 1963 sein ordentliches Mitglied. 1968 setzte Fröhlich auf Geheiß von Walter Ulbricht die Sprengung der Universitätskirche am Karl-Marx-Platz (Augustusplatz) durch, denn es sollte keine Kirche mit dieser Adresse in Leipzig geben.<sup>37</sup>

Matthias Judt

---

<sup>37</sup> vgl. Christian Rau, „Fröhlich, Paul Albert“, in: Sächsische Biografie, herausgegeben vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., wissenschaftliche Leitung: Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi>, aufgerufen am 07. Mai 2017.